

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Umweltausschuss	11.03.2020	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Mehr Grün für dicht bebaute Stadtteile: Brachliegende Grundstücke in Parks umwandeln

Anlagen:

Antrag Bündnis90/Die Grünen vom 28.06.2018
Übersichtskarte der potentiellen Flächen
Entscheidungsvorlage

Sachverhalt (kurz):

Flächenressourcen für eine dringend benötigte Grünflächenentwicklung sind in der wachsenden Stadt Nürnberg, insbesondere in den hoch versiegelten und verdichteten Stadtgebieten innerhalb des Mittleren Rings, knapp.

Der Masterplan Freiraum hat das Ziel, die Grün- und Freiraumsituation in Nürnberg nachhaltig zu verbessern. Dafür spielt insbesondere die Neuanlage von Grünflächen als Nachbarschafts- und Quartierparks in bisher mit Grün unterversorgten Stadtteilen eine bedeutende Rolle. Diese bieten nicht nur wichtige klimatische Funktionen in den Stadtteilen, sondern schaffen auch Raum für Erholung-, Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für die BewohnerInnen. Zudem wird über die variantenreiche Gestaltung der Grünanlagen ein Beitrag zur Erhöhung der Biodiversität geleistet.

Basierend auf dem Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Mehr Grün für dicht bebaute Stadtteile: Brachliegende Grundstücke in Parks umwandeln" wurden vorhandene stadteigene und private Brachflächen hinsichtlich ihrer Eignung als potentielle öffentliche Grünanlagen durch das Umweltamt untersucht. Jeweils elf stadteigene und private Flächen wurden prioritär vorgeschlagen, die vertieft zu prüfen sind.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Für den Ankauf privater Flächen zur Grünflächenentwicklung ist ein geeigneter finanzieller Mittelansatz bereitzustellen.

(→ weiter bei 2.)

- ☐ Nein (→ weiter bei 2.)
- ☐ Ja
- ☐ Kosten noch nicht bekannt
- ☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:☒ Nein (→ weiter bei 3.)☐ Ja☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:☐ Nein☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Wohnungsnahе öffentliche Grünflächen stellen für alle Bevölkerungsgruppen wichtige Funktionen dar.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die prioritär vorgeschlagenen stadteigenen und privaten Flächen hinsichtlich ihrer Grünflächenentwicklung bzw. -aufwertung vertieft zu prüfen.
2. Die Verwaltung berichtet in einem Jahr über den Sachstand des Projekts.